

Die deutsche Memelnote überreicht.

Die vom Reichsfanzler Brüning unterzeichnete Note an den Generalsekretär des Völkerbundes, in der die Reichsregierung beantragt, die Vorgänge in Memelgebiet auf die Tagesordnung einer außerordentlichen, sofort einberufenen Sitzung des Völkerbundes zu setzen, ist dem Generalsekretär des Völkerbundes überreicht worden.

In der Note weist die Reichsregierung darauf hin, daß die litauische Regierung durch ihr militärisches Vorgehen einen offenen Bruch des Memelabkommens begangen habe und daß es namentlich die Pflicht des Völkerbundes als Schützer des Memelabkommens sei, unverzüglich und mit größter Eile Maßnahmen zu treffen, um die Einhaltung des Abkommens herbeizuführen und die litauische Regierung zu einer Zurückziehung ihrer Maßnahmen und Wiedergutmachung zu zwingen. Nach Artikel 17 des Memel-Abkommens ist jedes Mitglied des Völkerbundes berechtigt, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf einen Bruch des Memel-Abkommens zu lenken.

Auf Grund dieser Bestimmung verlangt die Reichsregierung, daß die Vorgänge im Memelgebiet unverzüglich auf die Tagesordnung des Völkerbundes gesetzt würden, ein Eründen, dem sachgemäß stattgegeben wurde.

„Regierungsbildung“ in Memel.
Neue Verletzung des Memelstatus.

Wie eine litauische Zeitung meldet, hat der großlitauische Vandalas Tokilchus auf Anordnung des Gouverneurs eine Besetzung aus dem Stützort Telkiai und dem Landstrich Bogel gebildet. Es braucht nicht weiter betont zu werden, daß die Bildung einer neuen Regierung einen neuen Bruch der Memelkonvention darstellt. Die Fraktionen der memelländischen Mehrheitsparteien sind am Montag gemeinsam zum Zusammengetreten und haben dem Vizepräsidenten Tokilchus nur für seine mannhafte Haltung ausgesprochen.

Vor wichtigen innerpolitischen Beratungen.

Der Reichsfanzler Dr. Brüning wird voraussichtlich im Laufe des Mittwochs in Berlin eintreffen, um an der für diesen Tag angelegten Kabinettsitzung über die Vorfälle in Memel zu berichten. Der Kanzler wird dann noch im Laufe der Woche mehrere Besprechungen in der Reichskanzlei haben, die sich hauptsächlich um die Festlegung des Wahltermins beziehen werden. Die vorgelegten Besprechungen über die Sozialreform dürfte ebenfalls nach der Rückkehr des Kanzlers stattfinden.

Elisabeth von Oesterreich
Die Leidensgeschichte einer Frau

Bearbeitet von Carl-Walther Braumann
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:
Christkind und freund begrüßen wir Sie wieder in der Mitte der Jahre.

So übertrieben die Gefahr sein mochte, von der wir Sie bedroht glaubten, in unserer Verlegenheit war sie vorüber und wahr, und wir preisen jetzt als eine Rettung, was doch nur eine Erhaltung war.

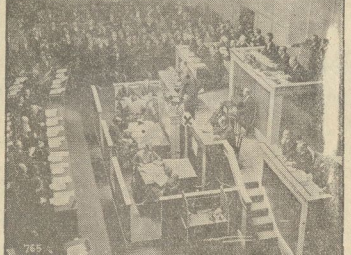
Allein nicht nur für Ihr hohes Selbst, auch für Ihren Gatten, den Herrscher von Oesterreich, bricht mit der Mütterlichkeit ein neuer Tag an. Die Zeiten sind so trübe und verworren, daß der Mann nirgends mehr einen Platz des Mannens hat als in seiner Hauslichkeit. Je höher die Stellung, um so mehr umgibt ihn das Sturm, von Sorgen umlagert, kann er von dem Tage nichts mehr sein nennen als den Abend.

Seien Sie wieder die Herrin des Hauses, die Mutter lang ersehnter Kinder, die Fürstin nach den Willen des Tages, die ersehnte Fremden, die ausgleichende Mitte selbst bei geradem Jern und tugendhafter Engherzigkeit. Eine Verleugnerin des Schopenhauer über Ihren Gatten und dadurch über uns alle. Der vielmehr: Seien Sie es nicht! Sind Sie es!

Elisabeth war gerührt von so viel Liebe und Anhänglichkeit, die sie doch eigentlich gar nicht erwartet hatte, und sah den kommenden Tagen wieder hoffnungsvoll entgegen.

Die Delegationenführer bei Brüning.
Erörterung der Teufelfrage?

Die Besuche, die zuerst der englische Außenminister, Sir John Simon, sodann der französische Kriegsminister Tardieu und danach der italienische Außenminister Grandi in Hotel Metropole dem Reichsfanzler Brüning abstellten dauerten je eine Stunde. In den drei Unterredungen ist fast ausschließlich die Teufelfrage im Vordergrund geblieben. Insbesondere soll die Frage des Zusammentritts der Teufelkonferenz im Juli eingehend erörtert worden sein.



Brünings Arbeitsstube in Genf.
Unser Bild zeigt Reichsfanzler Dr. Brüning bei seiner großen Rede vor der Genfer Völkerbundkonferenz.

Hoersch bei Laval.
Ministerrat in Paris. — Reparationsbericht Flanderns.

Hofschlager von Hoersch hatte eine längere Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval, wie es jetzt, über wirtschaftliche Fragen.

Das Ministerium Laval hielt unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten einen Ministerrat ab und nahm einen Bericht über die Verhandlungen in Genf entgegen. Finanzminister Laval legte einen Bericht vor, der den Stand der Reparationsverhandlungen und die Höhe der künftigen deutschen Leistungen betrifft. Der Bericht Flanderns soll noch im Laufe des heutigen Mittwochs veröffentlicht werden.

Die Einstellung in die Wehrmacht

Ein grundsätzlicher Befehl Goenners über die Einstellung in die Wehrmacht.

In einem Befehl vom 29. Januar d. J. bringt Reichswehrminister Goenner seine Auffassung über die Wehrverbände zur Kenntnis und klärt die Frage, wann Bewerber aus politischen Gründen von der Einstellung in die Wehrmacht ausgeschlossen sind. Der Befehl ist mit Zustimmung des Reichsfanzlers Dr. Brüning erlassen worden.

Der Reichswehrminister, der in erster Linie die staatspolitische Seite der Wehrverbände behandelt, erklärt u. a.:

1. Nur solche Wehrverbände haben Lebensberechtigung, die die nationalen und staatspolitischen Ideale pflegen, und

die ihre Hauptaufgabe in der körperlichen und geistigen Erziehung ihrer Mitglieder sehen.

2. Jede militärische Betätigung der Verbände lehne ich als unzulässig ab. Wo ich auf dazugehörige Dinge, die zudem getätigt werden dürfen, treffe, werde ich dagegen einschreiten.

3. Die Annahme politischer oder sonstiger staatlicher Beziehungen durch die Verbände werde ich stets auf das Schärfste bekämpfen.

Der Reichswehrminister fährt ferner in seinem Befehl die Frage, wann Bewerber aus politischen Gründen von der Einstellung in die Wehrmacht ausgeschlossen sind. Nur solche Bewerber, so führt er aus, dürfen abgelehnt werden, die ermitteltemäßig an Bestrebungen teilgenommen haben, die auf eine Aenderung der verfassungsmäßigem Zustände mit unzulässigen Mitteln gerichtet waren. Entgleisungen einzelner Führer oder Mitglieder von Verbänden können daher noch kein Grund zum Ausschluß aller Mitglieder dazugehöriger Verbände oder Parteien sein.

Ausgeschlossen bleiben

ferner von der Einstellung in die Wehrmacht Bewerber:

a) die ermitteltemäßig in beliebiger Form öffentlich die Verhöhnung des Reichspräsidenten Stellung genommen haben.

b) alle diejenigen, die ermitteltemäßig im politischen Kampf durch Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung gehandelt haben, daß sie die öffentliche Ruhe für die Aufnahme in die Wehrmacht nicht befehlen.

c) Mitglieder solcher Organisationen, die sich nicht scheuen, für den Kriegsfall Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht zu predigen.

Zum Schluß betont der Reichswehrminister, daß nur jeder Einstellung von Bewerbern, die einem politischen Verband angehört oder sich in politischen Parteien betätigt haben, besonders sorgfältig zu prüfen ist, ob durch dazugehörige Einstellungen nicht die Unparteilichkeit der Wehrmacht gefährdet werden könnte. In solchen Bewerbern sind Verhandlungen aufzunehmen, aus denen hervorgeht, daß sie mit dem Eintritt in die Wehrmacht jede dazugehörige Bindung vollständig gelöst haben.

Urteil im Haldorf-Prozess.

In dem Haldorf-Prozess, der seit dem 17. Dezember die 3. Große Strafkammer beim Landgericht in Ulm vor dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Neugebauer beschäftigt, wurde das Urteil verkündet.

Das Urteil lautet: Der Angeklagte Nationalsozialist Haldorf, 17 Angeklagte Nationalsozialisten wurden wegen Verstoßes gegen den Vertrag von Locarno zu 10 Monaten Gefängnis, ein weiterer wegen schweren Landfriedensbruchs zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Jungstahlhelfer Brandt erhielt wegen schweren Landfriedensbruchs 6 Monate Gefängnis. Graf Haldorf und dessen Stabschef Ernst wurden von der Anklage des Landfriedensbruchs freigesprochen und lediglich wegen öffentlicher Verleumdung zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Nachspiel zum Lübecker Prozess.

Gegen den Berliner Augenarzt Dr. Genter hat die Staatsanwaltschaft in Zusammenhang mit dem Calmette-Prozess ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Dr. Genter hatte nach der Calmette-Katastrophen in Lübeck einen

XIII.
Diesmal ging es nach O r i u, wo die herrliche Tage verlebte, aber anders als früher war es doch. Früher hatte sie immer Ruhe gefunden, aber jetzt ist die Erregung von einem Orte zum anderen.

Am Winter des Jahres 1861 war sie nach Asten gekommen, aber schon im Frühjahre des nächsten Jahres reiste sie durch Italien und dann nach Würzburg. Auch hier war ihres Lebens nicht, und so führte sie unruhigen und unglücklich in die Kaiserstadt an der schönen Main Donau zurück.

Wieder wurden ihr die allgegenwärtigen Qualitäten bereit, und wieder war Kaiser Franz Joseph so glücklich, seine Gemahlin nach so langer Zeit wieder einmal wieder zu sehen. Er zog allemal nur dieses glückliche Wiederum zum Leben und Ungehörigen, denn nicht nach ihrer Rückkehr begannen die Schwierigkeiten der Schwiegermutter aus neu.

Diesmal wollte es Elisabeth durchgehen, daß sie ihre Kinder wieder selber erziehe, aber die Mutter des Kaisers verbot das ganz entschieden. Sie begründete dies immer wieder damit, daß Elisabeth nicht dazu geeignet sei, die Erziehung der Kinder zu übernehmen, und die Kinder ihr gänzlich entzogen werden würden. Elisabeths Mutterhol war jedoch getroffen, und nach Würzburg reiste sie, um die Erziehung der Kinder zu übernehmen, und erklärte, daß sie wieder auf Befehl bei ihrem Gatten und erklärte, daß sie wieder auf Reisen ginge, allerdings noch nicht sagen könne, wann sie zurückkehren würde.

Der Kaiser war sprachlos, als er aber die Gründe seiner Frau und die Anschuldigungen gegen seine Mutter hören mußte, sagte er nichts weiter und verließ freiwillig das Zimmer von Elisabeth, die bald darauf die Stadt und das Land verließ.

Vier volle Jahre reiste Elisabeth nun in ganz Europa herum. Von Ostien nach den Dolomiten, von München an die Adria in Salzburg nach Schweden von London nach Venedig, von Spanien nach der Schweiz — wie ein geheimes Bild.

Sie litt unter diesen Verhältnissen unglücklich; aber auch der Kaiser litt. Vergeblich hatte er versucht, seine Gemahlin zu beschämen, aber immer war sie gerade abgewandt, wenn er ankam. Elisabeth ließ vor der Verheiratung.

So ging es nun schon Jahre um Jahre. In München führte sie sich nicht wohl, obwohl es ihre Vaterstadt war, und in den eleganten Badeorten war sie fremd.

Erst im Jahre 1866 kehrte sie nach Wien zurück. Aber wie sich es in Wien auch — Der unglückliche Bürgerkrieg hatte das Land gänzlich aus dem Angeln gehoben, kein festlicher Empfang wurde ihr zuteil. Still und so waren die Strafen. Nur dann und wann durchdringen Klagen mit Verwundern.

die Stadt. Elisabeth trug in all der Sonnentage, Sie freute sich auf das Wiedersehen mit ihren Kindern; aber fremd traten ihr diese gegenüber.

Die Kaiserin Sophie hatte zwar Mühe gefunden und der Mutter die Kinder entzogen, kein Streit blieb sie willkommen, denn der Kaiser war bei seinen Truppen im Felde, und die Bedenken des Hofes wählten nicht, wie sie sich benahmen sollten. Es war ein Chaos in modernen Sinne des Wortes.

Die ehrgeizige Kaiserin Sophie, die die eigentliche Herrscherin des Landes war, hatte es durch ihre laienhafte Politik in unglückliche Verwirrungen gebracht, die in dem Krieg mit Preußen ihren Höhepunkt erreicht hatten. Erst jetzt erkannte die Kaiserin ihre großen Fehler; aber es war zu spät, wieder aufzugeben, denn bei Königtrag sprachen die Gesetze ihre ehernen Strafen gegen die ehrgeizigen Pläne der alten Frau.

Elisabeth war von dem festen Willen befezt, zu helfen und die begangenen Fehler wieder auszugleichen, die andere dem Lande angetan hatten.

Anfangs hatten die preussischen Waffen am 3. Juli 1866 bei Königgrätz und Sadowa gesiegt. Oesterreich hatte große Teile seiner Armeen verloren. Kaiser Franz Joseph tief mit dem Kaiserreich um Vermittlung eines Friedens an; aber die Kaiserin ließ sich nicht, dem bedrohten Oesterreich zu Hilfe zu eilen, besiegten die Preußen am 8. Juli Prag und am 22. Juli Brünn.

Am folgenden einige kleinere Gefechte, die aber nichts zugunsten Preußens ausließen, und bald schon fielen die Preußen vor Wien nieder. Am 22. Juli 1866 kam es unweit von Presburg bei Bismarck zu einem letzten entscheidenden Schlage für Oesterreich, der bestimmt die Weichung Wiens nach sich gezogen hätte, wenn nicht ein mitterwärtig abgefehlener fünfjähriger Waffenstillstand in Straß gereitet wäre.

Die Kaiserin, die sich in Schönbrunn mit ihren Kindern aufhielt, wurde von den Ministern veranlaßt, das Land zu verlassen, da man nicht mehr die Sicherheit der hohen Frau garantieren konnte. Am 25. Juli 1866 verließ Elisabeth Wien dem Kronprinzen Rudolf die Kaiserin und begab sich nach Ungarn. Hier lernte sie den ungarischen Kaiser Franz Joseph kennen, und zum ersten Male in ihrem Leben lernte sie in diesem einen Menschen kennen, der mit Dürren sein Leben für sie und ihren Sohn opfern wollte.

Am 26. Juli 1866 endlich fand der unglückliche Bürgerkrieg mit Preußen ein Ende: durch den Waffenstillstand von Nikolsburg bzw. durch den Frieden von Prag vom 23. August 1866 Oesterreich gab seine Rechte an die Kaiserin auf und zahlte einen Betrag von 20 Millionen Taler Kriegsschulden.



Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Vollammetell 20 Pf.
Anzeigenannahme an Wochentagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bantverein Artzen.

Nr 18 Donnerstag, den 11. Februar 1932. 45. Jahrgang

Was England und Frankreich wollen.

Simon und Tardieu sprechen.
Genf, 9. Februar.
Der Sitzungssaal war wieder bis auf den letzten Platz besetzt. Die Aussprache eröffnete sofort der englische Außenminister

Sir John Simon.
Der keine Rede mit der Mitteilung begann, daß der Ministerpräsident MacDonald entgegen seinen ursprünglichen Absichten und zu seinem lebhaften Schauern verhindert sei, selbst den Standpunkt der englischen Regierung darzulegen. Simon führte dann aus:

Niemand glaubt mehr heute, daß der Frieden der Welt nur durch Vorbereitung des Krieges gesichert werden kann. Ein hoher Rüstungsstand ist heute kein Erfolg mehr für die Sicherheit. Im besten Falle kann er die Illusion der Sicherheit schaffen, wobei wieder auf der anderen Seite bei anderen Völkern das Gefühl der Unsicherheit geschaffen wird. Das Ideal, das angestrebt werden muß, ist die Sicherheit für alle.

Der englische Außenminister forderte sodann die Abschaffung der Unterseeboote, des Gaskrieges und der Bombardierungen aus der Luft. Gerade diese modernen Waffen wie Gas, Flugzeuge und Unterseeboote würden in einem zukünftigen Kriege gar nicht zu schließender Auswirkung an sich führen.

Drüfung der französischen Vorschläge.

Zu den Vorschlägen der französischen Regierung erklärte Simon, daß die Konferenz die Vorschläge zweifelsfrei gründlich und ernsthaft prüfen müssen. Die englische Regierung sei bereit, die wie auch alle anderen Vorschläge mit der größten Sympathie und Aufmerksamkeit zu prüfen. Zum Schluß gab Simon kurz zusammengefaßt das Abrüstungsprogramm der englischen Regierung bekannt. Die englische Regierung nimmt den von der Konferenz im Juli ausgearbeiteten Abkommensentwurf als Grundlage der Verhandlungen an, ferner den Vorschlag in diesem Zusammenhang zur Festlegung von Höchstgrenzen für die Rüstungen. Sie unterstützt den Vorschlag zur Abschaffung des fünftägigen Abrüstungsanschlusses und verlangt die völlige Abschaffung der Unterseeboote, der Gas- und chemischen Kriegsführung. Die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht muß eingehend geprüft werden. Die englische Regierung verlangt aber zunächst weitläufige Maßnahmen, um zu einer Beschränkung der aktiven Truppenbestände zu kommen, ferner eine wesentliche Herabsetzung der allgemeinen Rüstungen.

Nach Außenminister Simon sprach auf der Abrüstungskonferenz

Der französische Kriegsminister Tardieu.

Das Problem der Regelung und Herabsetzung der Rüstungen ist heute das dringendste. Da es die außerordentlich heftige Bemessung der Notwendigkeiten und Rechte souveräner Staaten einschließt.

Das Problem der Abrüstung ist durch einen Vertrag aufgelöst worden, der den furchtbarsten aller Weltkriege ein Ende setzte. In diesem Vertrag sind Bestimmungen aufgefunden worden, die sich aus der Vergangenheit ergaben und die der Welt ein jedes einen Krieges nil sind bringt.

Dies ist eine Tatsache, und sie zu leugnen, hat niemals etwas genützt. Der Völkerbundspakt sieht insbesondere die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit seiner Mitgliedsstaaten vor und stellt damit den Unterzeichnerstaaten eine gemeinsame Aufgabe, die jetzt von der Konferenz erfüllt werden muß. Diese Aufgabe besteht in der Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen nach vier Bedingungen:

Sicherheit, Prüfung der gemeinsamen Verpflichtung, geographische Lage und besondere Bedingungen.
Diese Aufgaben, die 1919 gestellt wurden, können jetzt 1932 gestellt werden. Man hat aus dem Völkerbundspakt nicht die praktischen Folgen gezogen, die nach dem Willen der Urheber in ihm vorhanden waren.

Frankreichs Regierung verwendet die Mittel zur Herabsetzung der Rüstungen mit den unbedingt notwendigen Maßnahmen einer Organisation, ohne die der Völkerbund nicht in der Lage ist, seine Aufgabe zu erfüllen.

Frankreich fordert einen Völkerbund, der stark genug ist, den Frieden zu organisieren. Ein entscheidender Schritt in der Richtung zum Frieden muß jetzt gemacht werden, aber man darf sich keinen Augenblick von der Hauptaufgabe entfernen. Die Konferenz ist nicht beauftragt, die Karte der Welt zu ändern, einen neuen Friedensvertrag auszuarbeiten oder Probleme zu lösen, die mit dem Völkerbundspakt nichts zu tun haben.

Die gesamte vorbereitende Arbeit für die Abrüstung hat sich ausschließlich im Rahmen des Völkerbundpaktes gehalten. In diesem Rahmen muß jetzt weitergearbeitet werden. Tardieu entwickelte sodann die Grundlinien des französischen Vorschlages und erklärte: Der Friede wird nur dann gesichert sein, wenn man den Völkerbund gestärkt und weiter ausgebaut hat. Das französische Volk verlangt deshalb, daß der Boden Frankreichs gesäubert wird.

Frankreich hat es niemals unterlassen, Zeichen seines Fortschritts zu geben; es hat 1930 eine in der Geschichte

Das Recht des deutschen Volkes.

Brünnings Appell an die Welt.
Genf, 10. Februar.

Die Abrüstungskonferenz erlebte einen großen Tag. Die Sitzung stand völlig im Zeichen der Rede des Reichskanzlers, in der zum ersten Mal Deutschland vor den Vertretern der ganzen Welt seinen feierlichen Rechtsanspruch auf Erfüllung der deutschen im Versailles Vertrag zugesicherten Verpflichtungen zur allgemeinen Abrüstung darlegte.

Der Antrag zu den Erhöhungen war ungewöhnlich groß. Die Diplomatenlage war schon lange vor Eröffnung der Sitzung bis auf den letzten Platz besetzt, die Abordnungen vollständig vertreten.

Das Bewußtsein ist allgemein, daß Deutschland im Mittelpunkt dieser Konferenz steht.

Die Spannung wuchs im Saale, als der französische Dolmetscher die Uebersetzung der Rede des amerikanischen Vorkanzlers bis zum Ende führte. Präsident Henderson erzielte dann dem Reichskanzler zu Wort. Als dieser die Rednertribüne betrat, erbebt sich allgemeiner Beifall. Der Kanzler sprach ungewöhnlich ruhig und gehalten. Schon bei seinen ersten Worten herrschte atmose Stille im ganzen Saal. Jedes Wort war deutlich vernehmbar. Die Konferenz hätte, daß hinter den Worten des Kanzlers der geschlossene Wille des ganzen deutschen Volkes steht.

Die Rede des Reichskanzlers, dessen Verlesung eine halbe Stunde in Aufbruch nahm, wurde fortgesetzt von starkem Beifall unterbrochen und fand auch zum Schluß langanhaltenden Beifall.

Besonders auffällig war der Beifall an der Stelle, an der der Kanzler betonte, daß er nicht anerkennen vermöge, daß zwischen den richtig verstandenen eigenen Interessen und den Gemeinschaftsinteressen aller Staaten ein untrennbarer Gegensatz bestehe und daß Deutschland von dieser Konferenz die Lösung der Probleme der Abrüstung auf dem Boden der Gleichberechtigung und der Grundlage gleicher Sicherheiten für alle Völker verlange. Nur die französische und die polnische Abordnung nahmen an dem allgemeinen Beifall nicht teil.

Amerikas Vertreter.

Die Aussprache der Abrüstungskonferenz begann Vorkanzler Gibson — Vereinigte Staaten — Er führte etwa aus: Die Vereinigten Staaten, sind entschlossen, nichts ungetan zu lassen, um zu einem wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiete der Abrüstung zu gelangen. Die amerikanische Regierung nimmt an, daß alle Regierungen von dem gleichen Stande besetzt sind, der die Washington Konferenz von 1922 gewesen. Auf der Londoner Konferenz seien dann weitere Versuche unternommen worden, um zu einer allgemeinen Flottenabrüstung zu gelangen. Die amerikanische Regierung wird jeden Vorschlag auf Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen mit größter Ernst prüfen, der die Möglichkeit eines praktischen Fortschritts auf dem Wege der internationalen Sicherheit und des Schutzes gegen Angriffe enthält. Seit zwei Jahren ist eine Weltwirtschaftskrise entstanden, die alle Nationen erfaßt hat. Alle Regierungen sind zu wesentlichen Einschränkungen ihrer Ausgaben gezwungen worden. Die Vereinigten Staaten sind hart von diesen Schwierigkeiten betroffen, indem jedoch heute weniger als andere Nationen.

Das amerikanische Volk trägt die Lasten der Rüstungen, aber es wünscht, von den unnötigen und unverantwortlichen Lasten befreit zu werden. Die Rüstungen sind nicht nur die Wirtschaft, sondern die Ursache der heutigen politischen Unsicherheit in der Welt und haben wesentlich zu der allgemeinen Wirtschaftskrise beigetragen. Das amerikanische Volk ist davon überzeugt, daß das System der Weltkriege, der Allüren und Gegenallüren, das seit Jahrhunderten in Europa besteht, nicht geeignet gewesen ist, den Frieden aufrechtzuerhalten, vielmehr zur Gefahr geführt hat, deren Ergebnisse gleich verheerend für Sieger und Besiegte waren.

Die Vereinigten Staaten sind überzeugt, daß die Welt jetzt neue Pflichten laden muß und die Befolgungen eines neuen Regimes und die alte Verantwortung und die alten Traditionen beiseite gelegt werden müssen.

Die amerikanische Delegation ist bereit, die Vorschläge der englischen und französischen Regierung wie auch alle anderen Vorschläge sorgfältig zu prüfen.

Der amerikanische Vorkanzler legte sodann in neun Punkten den amerikanischen Standpunkt zur Abrüstungskonferenz dar, wobei er folgendes sagte:

1. Behandlung der Abrüstungsfrage auf der Grundlage des Abkommensentwurfs als allgemeine Verhandlungsgrundlage unter Berücksichtigung aller anderen Vorschläge;
2. Verlängerung der Washingtoner und Londoner Flottenabkommen, insbesondere durch Beitritt Frankreichs und Japans;
3. Proportionale Herabsetzung der in dem Washingtoner und Londoner Flottenabkommen festgelegten Tonnage;

4. Völlige Abschaffung der Unterseeboote;
5. Schatz der Zivilbevölkerung gegen Waffeneingriffe;
6. vollständige Abschaffung des Gas- und chemischen Krieges;
7. besondere Beschränkungen für Tanks, schwere Geschütze und alle Waffen besonders offensiven Charakters;
8. Prüfung der Herabsetzung der Heresaussagen als eine erregende Methode für die direkte Beschränkung der Rüstungen;
9. Herabsetzung des aktiven Rüstungsstandes der Länder auf eine Grundlage, die mit der nationalen Verteidigung vereinbar ist;

Reichskanzler Dr. Brüning

vom langanhaltendem Beifall begrüßt die Tribüne und führte u. a. folgendes aus:

Wenn ich in dieser feierlichen Stunde das Wort ergreife, so bin ich mir bewußt, daß diese Zusammenkunft, zu der sich die Regierungen der ganzen Welt vereinigt haben, einen Vorgang von einzigartiger und weltgeschichtlicher Bedeutung darstellt. Seit langem hat das deutsche Volk diese Stunde ersehnt. Was bisher als Wunschbild die Welt besesselt hat, soll sich auf dieser Konferenz zum verpflichtenden Gebot des Völkerrechts verdingen. Das alte, überlieferte beherrschte Souveränitätsrecht der Staaten über die Wehrkraft ihres Landes selbst zu verfügen, soll seine höchste Vollendung finden in der freiwilligen Einordnung dieses Rechts in den Pflichtkreis der internationalen Solidarität und Friedenssicherung.

Vollendung und Krönung des Abrüstungsgedankens.

Das Friedenswerk, das mit der Gründung des Völkerbundes eingeleitet werden sollte, und durch welche Akte, wie den Kelloggspakt weitergeleitet wurde, aufgebenrich nach der Durchführung des Abrüstungsgedankens als ferner naturgemäßen Vollendung und Krönung.

Wir alle kennen die Schwierigkeiten, die in den letzten Jahren zu überwinden waren, um die heutige Zusammenkunft zu ermöglichen. Aber es ist jetzt nicht mehr die Stunde für zögernde Betrachtungen. Es gilt, den Willen fest, frei und unvoreingenommen nach vornwärts zu richten und die große, nicht wiederkehrende Gelegenheit zu nutzen, die untere Zusammenkunft in sich schließt.

Wir alle werden nach der Generation an, für die der Weltfriede unmittelbar, persönliches Gelingen war. Unseren Frontkämpfern von ebendem steht ein Bild in letzteren ganzen Frontarbeit unermüdet und unverwundbar



Fall alle Länder eingen heute mit den ernstesten Schwierigkeiten, und ich brauche vor dieser Verammlung wohl nicht zu betonen, daß diese Schwierigkeiten in keinem Lande sich so furchtbar auswirken, als in dem, das ich hier zu vertreten habe. Bei allen internationalen Bemühungen um Befreiung der Not der Gegenwart ist immer und immer wieder in elementarster Form die Erkenntnis zum Ausdruck gekommen, daß die erste Voraussetzung für das Gelingen solcher Bemühungen die Wiederherstellung der Vertrauens ist.

Nun, hier haben wir die Gelegenheit, diese Voraussetzung ganz zu erfüllen. Hier haben wir die Frage, deren Lösung am besten geeignet ist, den Völkern das verlorene Vertrauen wiederzugeben.

Die wirtschaftliche Not der Welt beruht im gegenwärtigen